

netzwerk

WOHNEN



Sonderausgabe | 2024

Sonderausgabe zur Landtagswahl
Verband Thüringer Wohnungs- und
Immobilienwirtschaft e.V.

THÜRINGER LANDTAG

**Forderungen der Thüringer Wohnungswirtschaft
zur Landtagswahl 2024 – S. 4**

Fragen und Antworten aus der Politik – ab S. 12

Inhalt

Forderungen der Thüringer Wohnungswirtschaft zur Landtagswahl 2024	4
Die 3 wichtigsten wohnungspolitischen Themen der Parteien	8
Einigkeit bei den Ja/Nein-Fragen	10
Fragen und Antworten aus der Politik	12
Wir bleiben im Gespräch.....	24
Bündnisse und Initiativen	26



Impressum

Herausgeber: Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.

Verantwortlich: Frank Emrich

Gestaltung: Werbeagentur Kleine Arche GmbH, Erfurt

Titel: Thüringer Landtagsgebäude (@ Michael Reichel)

Druck: Druckhaus Gera GmbH

Redaktionsleitung: Rebecca Brady

Redaktionsschluss: 05.07.2024

Redaktionsanschrift: Regierungsstraße 58, 99084 Erfurt; Tel.: (0361) 3 40 10-0; Fax: 3 40 10-233; E-Mail: info@vtw.de

Für Beiträge mit Produktinformationen und Dienstleistungsangeboten kann der Herausgeber keine Verantwortung übernehmen. Die im „netzwerkWOHNEN“ veröffentlichten Eigenbeiträge wurden mit größter Sorgfalt recherchiert, jedoch wird für die Richtigkeit und Vollständigkeit der in den Beiträgen getroffenen Aussagen keine Haftung übernommen. Für den Inhalt von Anzeigen bzw. Anzeigeartikeln (Texte, Grafiken, Bilder) ist ausschließlich der beauftragende Anzeigenehmer verantwortlich. Die hierin getroffenen Aussagen müssen nicht die Meinung der Redaktion des „netzwerkWOHNEN“ oder seines Herausgebers, des Verbandes Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V., wiedergeben.

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier.

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

Ihr vtW bleibt dran. An Ihnen, den Thüringer Wohnungsunternehmen. Wir bleiben neugierig und offen für Ihre Bedürfnisse und Wünsche. Wir wollen den engen Kontakt und guten Draht zu Ihnen halten, damit wir unsere Arbeit voll auf Ihre Interessen ausrichten können.

Aber wir bleiben nicht nur **an Ihnen** dran, sondern auch **für Sie** dran. Wir werden es nicht leid, unsere Forderungen (S. 4) laut auszusprechen und für die Wohnungswirtschaft und damit letztlich auch für die Mieter unablässig zu kämpfen. Wir tun alles in unserer Macht Stehende, um die Wohnungswirtschaft in Thüringen zukunftsfähig aufzustellen.

Das bedeutet – Achtung liebe Politiker! – wir bleiben auch an Ihnen dran. Vom vtW ist kein Nachlassen zu erwarten. Was wie eine Drohung klingen mag, ist eher als verlässlicher Schulterschluss gemeint. Unabhängig vom Ausgang der Wahl werden wir uns weiterhin engagieren, auf verschiedenen Ebenen (Bund, Land, Kommune), in verschiedenen Institutionen & Bündnissen (temporär oder ganz grundsätzlich, S. 26) und mit den Themen, die uns wichtig sind.

Wir erwarten von den Menschen in der Thüringer Politik eine Konzentration auf die Dinge, die auf Landesebene machbar sind und deren konsequente Umsetzung außerhalb der üblichen gedanklichen und tatsächlichen Silos, über Ministerien und Parteien hinweg. Die Kommunale Wärmeplanung, die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Stärkung von Quartieren oder gute Stadtentwicklung sind keine Ressort-Projekte, sie erfordern Zusammenarbeit!

Auch aus sehr verschiedenen Positionen kann man mit Kompromissbereitschaft, offener Denkweise und einer Orientierung am Wohl der Thüringer Bürger und Bürgerinnen ein gemeinsames Konzept entwickeln. Das erwarten wir für die nächste Legislaturperiode. Die Unsicherheit der letzten Jahre muss der Zuversicht weichen.

Wir bleiben dran, versprochen!

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Frank Emrich



Forderungen der Thüringer Wohnungswirtschaft zur Landtagswahl 2024

Im Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. sind die Wohnungsunternehmen organisiert, die Wohnraum für die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft zur Verfügung stellen. Für viele Rentner, junge Menschen mit geringem Einkommen, Bürgergeld-Empfänger, Wohngeld-Berechtigte sowie geflüchtete Menschen sind wir das letzte soziale Auffangnetz. Wer sich unsere Wohnungen nicht mehr leisten kann, ist unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht.

Jeder zweite Thüringer Mieter wohnt bei uns. Um das (noch) flächendeckende Angebot von gutem und bezahlbarem Wohnraum in Thüringen zu sichern, haben die sozialen Wohnungsunternehmen politische Forderungen formuliert.

Wohnungsgenossenschaften und kommunale Wohnungsgesellschaften sichern seit mehr als 100 Jahren zuverlässig die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum in Thüringen. Sie sind treue Partner bei Stadt- und Regionalentwicklung und erfüllen Landes- oder kommunale Aufgaben im Rahmen ihres Sozialmanagements unverzichtbarer sozialer Stabilitätsfaktor.

Alterung, Vereinzelung, Zuwanderung und wachsende soziale Spaltung prägen unsere

Gesellschaft. Mit einer immensen Kraftanstrengung kümmern sich Wohnungsunternehmen um soziale Betreuung, öffentliche Sicherheit, Integration, u.v.m. All diese Tätigkeitsfelder liegen außerhalb des „klassischen“ Geschäftsmodells der Wohnungsunternehmen.

Im Mittelpunkt der sozialen Wohnungswirtschaft stehen die Menschen, nicht die maximale Rendite. Finanzielle Stabilität und ausgewogene wirtschaftliche Entscheidungen sind die Grundlage, um langfristig guten und bezahlbaren Wohnraum, Hilfe für Bedürftige sowie sozialen Frieden in den Quartieren zu erhalten. Diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf dem Mitwirken aller Protagonisten – vom Bund über das Land bis zu den Verantwortlichen in den Kommunen und Unternehmen vor Ort.

Gemeinsam mit der Politik wollen wir verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, um bezahlbares Wohnen für alle zu ermöglichen und so das Wohnen thüringenweit nachhaltig zu sichern. Dazu benötigt es einen klaren, faktenbasierten Blick auf den Thüringer Wohnungsmarkt.

Unser Land braucht

- eine ressortübergreifende Strategie zur Stärkung des ländlichen Raumes
- Entbürokratisierung, Gesetze mit Realitäts-sinn & den cleveren Einsatz von öffentlichen Ressourcen
- Ehrlichkeit und Zusammenarbeit bei der Dekarbonisierung & Klimawandelfolgen
- 150 Millionen Euro Fördermittel für bezahlbaren Wohnraum & schlaue Förderprogramme

Wir stehen als Gesprächspartner sehr gerne bereit!



Illustration: © shutterstock.com

Entbürokratisierung, Gesetze mit Realitätssinn & gezielter Einsatz von öffentlichen Ressourcen

Investitionsentscheidungen von Wohnungsunternehmen sind immer langfristig und benötigen deshalb stabile politische und gesetzliche Rahmenbedingungen. Beides vermischen wir in den letzten Jahren schmerzlich. Nur wirtschaftlich stabile Wohnungsunternehmen können die Bewältigung der anstehenden Aufgaben leisten.

Kostentreiber in der Wohnungswirtschaft sind nicht nur die Energie- und Baupreise, sondern auch immer stärkere Regulierungen und langsames, unkoordiniertes Verwaltungshandeln. Die Zahl der Bauvorschriften stieg innerhalb der letzten 20 Jahre von 5.000 auf über 20.000. Unterbesetzte Verwaltungen verzögern Genehmigungs- und Bauprozesse über Jahre.

Was wir brauchen:

- politisch gewünschte, aber nicht refinanzierbare Baustandards anpassen
- Überarbeitung der Thüringer Bauordnung fertigstellen
- Vergabe kommunaler Grundstücke in Städten nach Konzept statt nach Höchstpreisgebot
- Reduzierung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 %
- Befreiung von der Grunderwerbsteuer bei Fusion von sozialen Wohnungsunternehmen
- digitale Verwaltung, z.B. Wohngeldanträge, Wohnberechtigungsscheine
- mehr kommunale und Landeskräfte zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum
- Stärkung der sozialen Betreuung von Unterstützungsbedürftigen und der Integration Geflüchteter
- 1-Stempel-Lösung für Baugenehmigungen
- Genehmigungsfiktion intensiver nutzen
- Länderöffnungsklausel für Bundesbodenschutzverordnung nutzen



Dekarbonisierung & Klimawandelfolgen

Thüringens Wohnungswirtschaft unterstützt die Energiewende mit ganzer Kraft. Das belegen aktuelle Sanierungszahlen und bereits erreichte, erhebliche CO₂-Einsparungen in Höhe von 70% an unseren Wohngebäuden. Die Möglichkeiten, am Einzelobjekt effektiv Energie zu sparen, sind weitestgehend ausgereizt. Verschärfte Anforderungen führen in erster Linie zu extremen Mietsteigerungen, der Nutzen für die Umwelt bleibt oft fraglich.

Was wir brauchen:

- tatsächliche Kosten der Energiewende ehrlich benennen
- einen strategischen Perspektivwechsel weg vom Einzelgebäude hin zu komplexen Lösungen für Quartiere und Regionen
- enge Abstimmung von Maßnahmen zur Bewältigung der Klimafolgen mit der Wohnungswirtschaft
- Gewerbesteuerfreiheit bei Mietereigenstrom
- Kommunale Wärmeplanung: Vorsprung nutzen & zur kommunalen Netzplanung (Wasser/ Abwasser, Strom, Kommunikation) erweitern

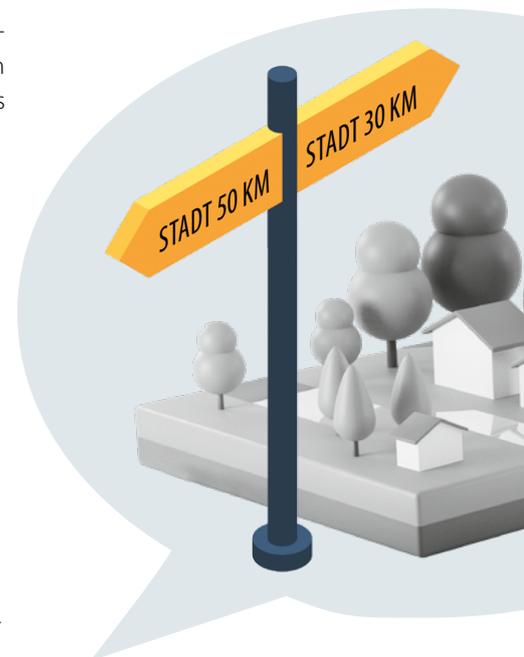
Ländlicher Raum & Städte

Die kommunalen Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften in Thüringen stehen vor großen Herausforderungen. In Thüringen gibt es keinen Wohnungsmangel, sondern insgesamt zu viele Wohnungen. Gerade im ländlichen Raum sind die Leerstandsquoten bereits jetzt sehr hoch, nicht zuletzt, weil die Attraktivität des ländlichen Raumes stetig sinkt. Den Berechnungen nach wird der Leerstand bis 2030 im Freistaat Thüringen weiter anwachsen. Dieses Ausbluten des ländlichen Raumes verschärft die Situationen in den Thüringer Städten – so wächst landesweit Unzufriedenheit mit dem politischen System.

Eine Konzentration der Diskussionen und Aktivitäten auf die Thüringer Städte und deren vermeintliche Probleme am Wohnungsmarkt verursacht nicht nur Verunsicherung in der Bevölkerung, sondern blockiert auch den Einsatz materieller und personeller Ressourcen an den richtigen und wichtigen Stellen des Landes. Das Ungleichgewicht der Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land droht viele Wohnungsunternehmen ernsthaft zu beschädigen. Mit starker Besorgnis vermisst die Thüringer Wohnungswirtschaft ein tragfähiges Gesamtkonzept zur Stärkung und Revitalisierung des ländlichen Raumes.

Was wir brauchen:

- eine konsistente Strategie und deren Umsetzung zur Stärkung des ländlichen Raums unter Einbeziehung der Metropolen, z.B. Kooperationsmodelle von Stadt & Umland
- eine abgestimmte Politik aller verantwortlichen Ressorts und zentrale politische Steuerung auf Landesebene
- eine Stärkung der Kräfte, Verantwortung und Budgets vor Ort
- Schaffung von Infrastrukturen – Verkehr/ÖPNV, Wohnen, Medizin, Handel/Versorgung, Breitbandanschluss



Fördermittel & Förderprogramme

Wohnungsgenossenschaften und kommunale Wohnungsgesellschaften stellen nicht nur bezahlbaren Wohnraum bereit, sie sind auch treue Partner bei Stadt- und Regionalentwicklung und erfüllen Landes- oder kommunale Aufgaben im Rahmen ihres Sozialmanagements.

Die steigenden gesellschaftlichen und politischen Ansprüche wie Dekarbonisierung und Klimafolgenanpassung, demografischer Wandel und soziale Gerechtigkeit drängen Mieter und Vermieter an den Rand ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Was wir brauchen:

- Kontinuität in der Förderung für Planungssicherheit
- Fokus auf den Bestand
- Dauerhaft angemessene Wohnraumförderung mit 150 Millionen Euro jährlich
- Fortführung erfolgreicher Förderprogramme (z. B. Thüringer Barriere-reduzierungsprogramm)
- Neue Förderinstrumente für soziale Beratung und Betreuung
- Übernahmemöglichkeit des kommunalen Eigenanteils der Städtebauförderung durch Dritte
- Schnelle Bearbeitungszeiten von Förderanträgen und deren Abrechnung (digital)
- Förderung so gestalten, dass sie wirklich als Impulsgeber wirkt (regelmäßige Evaluation, Analyse des Wirkungsgrades und Absprache mit Empfängern)

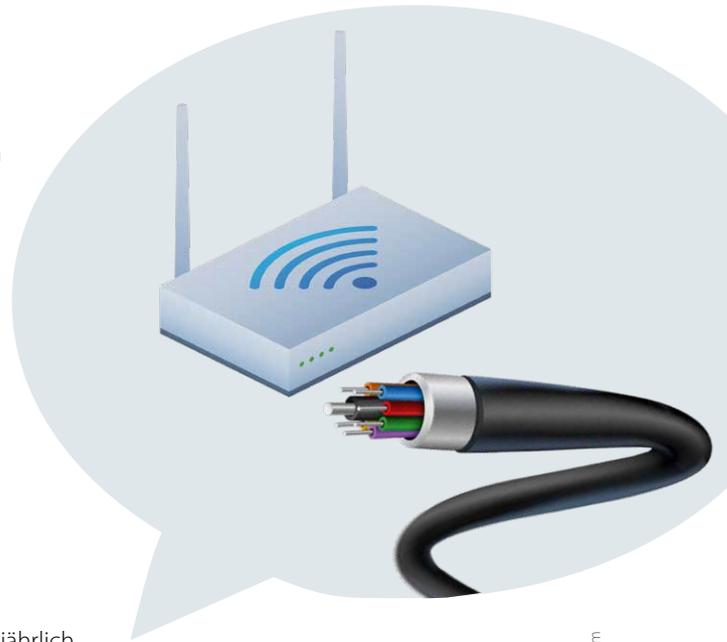
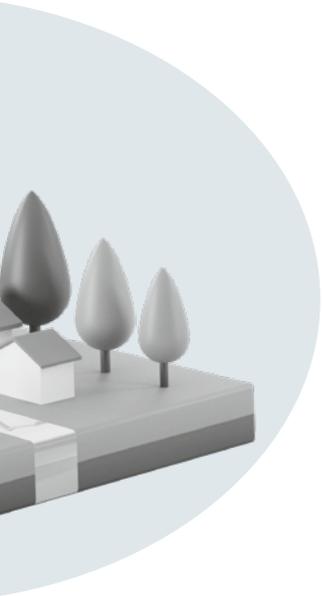


Illustration: © shutterstock.com



Selbstverständlich gibt es auch konkrete Themen der Wohnungswirtschaft, die auf Bundesebene durch den Freistaat Thüringen angestoßen werden können, um Erleichterungen zu realisieren:

- Bauabzugsteuer
- Energieausweise
- Gefahrstoffverordnung/Asbestvermutung

Mitte Juni 2024 haben wir die hier aufgeführten Parteien darum gebeten, einen Fragebogen zu den wohnungswirtschaftlich relevanten Themen auszufüllen. Alle Parteien haben ihre Antworten pünktlich übermittelt. Die Ergebnisse finden Sie auf den nächsten Seiten.

Wir haben uns intern dazu entschieden, die FDP zu berücksichtigen, obwohl die Umfrageergebnisse nicht so aussehen, als ob sie in den Landtag einziehen werden. Der Grund dafür ist, dass wir den Wahlergebnissen nicht vorgreifen wollen und allen Parteien, die aktuell im Landtag vertreten sind, eine faire Chance geben wollen. Außerdem haben wir das Bündnis Sarah Wagenknecht ergänzt, weil die Umfrageergebnisse den Einzug in den Landtag vermuten lassen.

Was sind wohnungspolitisch für Ihre Partei die drei wichtigsten Themen in der nächsten Legislatur?



Stefan Möller

- Entbürokratisierter Neubau statt extrem teure „Klimaschutz“-Auflagen
- Wohneigentumsförderung für Familien
- Heizungsverbote beenden, Kostensteigerungen durch „Wärmewende“ verhindern



Katja Wolf

- Bezahlbare Mieten und mehr Wohnungen
- Energetische Sanierungen und Klimaschutz
- Stärkung der kommunalen Wohnungsgesellschaften



Bernhard Stengele

- Förderung reformieren, auf Bezahlbarkeit, Barrierefreiheit & Klimaneutralität ausrichten
- Sanierung im Bestand priorisieren und Förderung entsprechend anpassen
- Förderprogramme vereinfachen und Bearbeitung beschleunigen



Prof. Dr. Mario Voigt

staatliche Investitionen in Bauen einschl. energetische Sanierung vorantreiben
steuerliche und staatliche Förderung von Akteuren des Wohnungsmarkts
Bürokratieabbau und Maßnahmen zur Senkung von Bau- und Baunebenkosten



Bodo Ramelow

Gemeinnütziger, bezahlbarer, barrierefreier Wohnungsneubau
Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft
Bestandssanierung und Belegung von Leerstand



Thomas L. Kemmerich

Eine Wohnagenda für den ganzen Freistaat, inklusive des ländlichen Raumes, schaffen
Thüringer Bauordnung von übermäßigen bürokratischen Vorschriften befreien
Erhöhung der jährlichen Abschreibungsrate für Gebäude von zwei auf drei Prozent



Georg Maier

Sozialer Wohnungsbau & Mieterschutz durch verstärkte Investitionen & Förderung
Energetische Sanierung und Klimaschutz im Wohnungsbau
Wohnortnahe Gesundheitsversorgung & Infrastruktur durch 100 Mio-Sonderprogramm

Einigkeit bei den Ja/Nein-Fragen

Die folgenden Fragen konnten die Spitzenvertreter der Parteien nur mit Ja ✓ oder Nein ✗ beantworten. Die Ergebnisse haben wir tabellarisch für Sie aufbereitet. Es herrscht überraschende Einigkeit – die Wahlversprechen müssen dann nur noch nach der Wahl umgesetzt werden. Der vtw wird dran bleiben und die Politiker und Politikerinnen an ihre Aussagen erinnern.

Weil die Fragen nach einer Thüringer Landeswohnungsbaugesellschaft und nach weiteren Altschuldenentlastungen für die Wohnungsunternehmen die einzigen sind, bei denen Unstimmigkeit herrscht, wollen wir diese Themen kurz aufgreifen.

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass ... ?



**Bündnis
Sahra
Wagenknecht**

die Thüringer Wohnraumförderung mit mindestens 150 Mio.€/Jahr ausgestattet wird?	✓	✓
eine Thüringer Landeswohnungsbaugesellschaft gegründet wird?	✗	✓
Infrastruktur im ländlichen Raum gefördert wird?	✓	✓
Bürokratie abgebaut wird? (1-Stempel-Lösung, Genehmigungsfiktion, Digitalisierung & Beschleunigung der Verwaltung)	✓	✓
die Kosten der Dekarbonisierung öffentlich ehrlich benannt werden?	✓	✓
weitere Altschuldenentlastungen für die Wohnungsunternehmen kommen?	✓	✓

Ja ✓ | Nein ✗

Landeswohnungsbaugesellschaft? Wir brauchen nicht mehr Akteure, sondern mehr Ressourcen!

Um die anstehenden Aufgaben in der Wohnungswirtschaft zu stemmen, wäre es deutlich sinnvoller, die vorhandenen Strukturen mit den notwendigen Mitteln auszustatten, statt neue Strukturen zu schaffen. Der Neuaufbau einer Landeswohnungsbaugesellschaft kostet viel Geld, Zeit und personelle Ressourcen, aber die Marktbedingungen bleiben die gleichen. Auch mit einem neuen Akteur am Markt wird nichts anderes erreichbar sein, als die Wohnungswirtschaft aktuell schon tut. Wir brauchen an wenigen Stellen Neubau und müssen uns bei den großen Aufgaben der Zukunft in erster Linie um den Bestand kümmern, der in unseren Bilanzen steht. Das Geld wäre besser investiert, wenn es in durchdachte Förderprogramme für die aktuell schon sehr engagierten Wohnungsunternehmen fließen würde.

Frank Emrich kommentiert die Idee der Partei Die Linke (10.000 landeseigene Wohnungen bis 2040) so: „Das wird garantiert nicht funktionieren. Wenn wir die 10.000 neuen Wohnungen durch 15 Jahre bis 2040 teilen, kommen wir auf ca. 700 Wohnungen im Jahr. Aktuell kostet der Neubau einer Wohnung ca. 250.000 €. Das bedeutet, das Land müsste 175 Mio. Euro im Jahr investieren – mehr als 3 Mal so viel, wie das aktuelle Fördervolumen. Dieses Ziel ist wirtschaftlich völlig unrealistisch!“

Hinzu kommt, dass dann voraussichtlich keine Mittel mehr für die Wohnungswirtschaft zur Verfügung stünden. Nutznießer einer solchen Politik wären vor allem die Wähler in den Städten, die Thüringer im ländlichen Raum geraten immer weiter aus dem Fokus.

Auch getilgte Altschulden belasten aktuelle Investitionskraft der Unternehmen

Auch 34 Jahre nach der Wiedervereinigung stellen die Alt- und Wendeschulden bei getilgten Beträgen eine Belastung der ostdeutschen Wohnungsunternehmen ohne tatsächliche Investitionen in die Gebäude dar. Laut einer aktuellen Umfrage des vdw Sachsen unter seinen Mitgliedern, die exemplarisch für alle Wohnungsunternehmen in Ostdeutschland gewertet werden kann, sind für über 80 Prozent der Unternehmen diese Art der unverschuldeten Schulden nach wie vor ein Hemmnis.

Selbst wenn mittlerweile etwa drei Viertel dieser willkürlichen Verbindlichkeiten beglichen wurden, stehen noch immer Milliardenbeträge aus und offen. Dadurch gebundene bzw. wegen der bereits erfolgten Tilgung fehlende Mittel sind ein enormes Hindernis für erforderliche und geforderte Maßnahmen, nicht zuletzt etwa im Rahmen der Gebäude-Energiewende.

Eine Entlastung noch bestehender und bereits getilgter Altschulden als Investitionszuschuss könnte die derzeit nicht vorhandenen finanziellen Räume für die dringend benötigten Investitionen, insbesondere im ländlichen Raum, schaffen.



✓	✓	✓	✓	✓
✗	✗	✓	✗	✗
✓	✓	✓	✓	✓
✓	✓	✓	✓	✓
✓	✓	✓	✓	✓
✗	✗	✓	✓	✓

**Die Zahl der geförderten Wohnungen ist
in den letzten Jahren deutlich gesunken.
Wie wollen Sie die soziale Wohnraum-
förderung verbessern?**



Wir setzen uns nicht nur für eine umfangreiche Förderung des sozialen Wohnungsbaus ein. Die AfD möchte auch sämtliche Neubau- und Sanierungsvorhaben entbürokratisieren, vor allem im Bereich des Schallschutzes, der Wärmeerzeugung und Energieeinsparung. Wir werden uns für eine umfangreiche Reform des Gebäudeenergiegesetzes einsetzen,

durch welches derzeit Bauvorhaben drastisch verteuert werden. Mit uns wird es keinen Zwang zu teuren Heizsystemen geben. Die seit Jahren stattfindende Zweckentfremdung von sozialem Wohnraum zur Unterbringung von Asylbewerbern wird mit einer Landesregierung der AfD enden und damit auch auf der Nachfrageseite für Entspannung sorgen.

**Bündnis
Sahra
Wagenknecht**

Das BSW Thüringen setzt sich für ein Sonderfinanzierungsprogramm "Thüringer Land – Wohnen Sozial" ein, das Investitionen in energetische Sanierungen für Hauseigentümer mit geringem Einkommen und Familien unterstützt. Wir

wollen den jährlichen Zubau an Sozialwohnungen im Neubau und in der Vollsanierung verdoppeln und kommunale Wohnungsgesellschaften sowie Genossenschaften stärken.



Bauen und Sanieren sind teuer geworden. Damit Wohnen weiterhin bezahlbar bleiben kann, wollen wir die Wohnraumförderung reformieren. Eine Förderung soll dabei nicht nur für belegungsgebundenen Wohnraum, sondern zusätzlich auch nach Aspekten wie Familienfreundlichkeit, Barrierefreiheit, Klimaneutralität und Angeboten von Leistungen des betreuten Wohnens möglich sein. Sozial orientierten Woh-

nungsunternehmen wollen wir durch Zuschüsse und kluge Förderung ermöglichen, weiterhin bezahlbares Wohnen im ganzen Bestand anbieten zu können. Förderprogramme und -richtlinien wollen wir weiterentwickeln und mit ausreichend Geld ausstatten, sodass die Anzahl der Sozialwohnungen mindestens gehalten werden können.

Wohnungsbau ist eine Daueraufgabe, die eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung erfordert, sowohl im Rahmen des Landeshaushalts als auch auf der Ebene des Bundes. Ziel muss sein, die Förderung so zu gestalten, dass sie als Impulsgeber wirkt und ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wegen hoher Investitionskosten, insbesondere bei der Sanierung und zur Schaffung von Klimaneutralität, muss die Bauför-

derung so dimensioniert werden, dass die Mieten sich auf einem für die Mieter erschwinglichen Niveau bewegen.

Im ländlichen Raum liegt Entlastungspotential für die überhitzten städtischen Wohnungsmärkte. Die bessere Verfügbarkeit von günstigem Bauland kann dabei ein wichtiger Standortvorteil sein.



Wir wollen noch stärker den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau unterstützen und so den Neubau von Sozialwohnungen fördern. Im Bund werden wir uns daher für die Steigerung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau einsetzen, im Land weitere Mittel zur Verfügung stellen und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sowie kommunale Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von der Grunderwerbsteuer befreien.

Wir wollen eine Thüringer Landeswohnungsbaugesellschaft gründen, die bis 2030 einen Wohnungsbestand von etwa 1.500 landeseigenen Wohnungen aufbaut und bis 2040 insgesamt 10.000 Wohnungen zu günstigen Preisen anbieten kann. Um zeit- und kosteneffizient bauen zu können, möchten wir das Bauen mit nachhaltigen Materialien und das serielle Bauen im Land fördern.



Bezahlbares Wohnen erreichen wir nur durch mehr Wohnraum im Angebot, aber nicht durch das Verwalten von Mangel. Wir sind deshalb strikt gegen Mietpreisbremsen oder gar Diskussionen um die Enteignungen privater Vermieter. Beides würde das Investitionsklima vergiften und aus der Mietpreisbremse würde eine Wohnraumbremse.

Zusätzlicher Wohnraum muss von einer intelligenten Strukturpolitik begleitet werden. Die Förderung von sozialem

Wohnungsbau hat zielgerichtet in den Kommunen anzukommen, in denen ein angespannter Wohnungsmarkt vorherrscht.

Die Möglichkeiten der Sonder-AfA sind konsequent als Booster für die Schaffung von Wohnraum zu nutzen.

Wir möchten einen Mieten-TÜV für Gesetze mit Einfluss auf die Wohn- und Baukosten durchsetzen. Staatliche Auflagen dürfen nicht länger Preistreiber sein.



Ein zentraler Ansatz ist die deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für den sozialen Wohnungsbau, um so die Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen zu ermöglichen. Durch steuerliche Vergünstigungen & vereinfachte Genehmigungsverfahren wollen wir Kommunen & Unternehmen anreizen, Sozialwohnungen zu bauen.

Dazu wird die Förderung energetischer Sanierungen ein wichtiger Bestandteil sein, um bestehende Wohnungen

nachhaltiger & kostengünstiger im Unterhalt zu machen. Um diese umfangreichen energetischen Maßnahmen als Zukunftsinvestition abzusichern, werden wir einen Transformationsfonds auflegen. Langfristige Mietpreisbindungen sollen sicherstellen, dass geförderte Wohnungen dauerhaft zu bezahlbaren Preisen angeboten werden. So wollen wir den Rückgang geförderter Wohnungen stoppen.

Die Erreichung der Klimaziele im Gebäudebestand ist mit großen Kosten verbunden. Wie wollen Sie den Mietern und Mieterinnen, die kaum finanziellen Spielraum haben, die Angst vor der klimaneutralen Zukunft nehmen?



Diese Befürchtungen sind leider begründet. Es ist sogar davon auszugehen, dass vielen Mietern noch gar nicht bewusst ist, welche gewaltigen Kostenbelastungen auf sie zukommen. Wir halten nichts von der üblichen politischen Täuschung, Klimaschutzpolitische Auflagen würden sich ange-

lich langfristig für Betroffene lohnen. Stattdessen stehen wir für die Alternative – eine Rückkehr zum kosteneffizienten, nachhaltigen und modernen Wohnungsbau, der Wohnen wieder preiswert und erschwinglich macht.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Wir lehnen die Vorgaben der Bundesregierung wie das Heizungsgesetz ab und setzen auf entlastende Thüringer Regelungen. Ein Sonderfinanzierungsprogramm soll energetische

Sanierungen für einkommensschwache Hauseigentümer und Familien unterstützen. Wir möchten sicherstellen, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht zu zusätzlichen Belastungen führen.



Für uns ist klar: Klimaschutz funktioniert nur sozial gerecht. Und wir werden niemanden mit den Mehrkosten allein lassen. Dass Menschen in diesen Zeiten verunsichert sind, wundert nicht: Wir erleben eine sich schnell und grundlegend wandelnde Welt, die immer komplizierter zu werden scheint. Es nützt uns aber nichts, die Augen vor dem nötigen Wandel zu

verschließen und uns von den reaktionären Parteien vormachen zu lassen, dass wir die Veränderungen einfach ignorieren können. Die Sanierung im Gebäudebestand wird Geld kosten und es ist die Aufgabe der Politik, diese Kosten durch gezielte Investitionen und Förderung zu begleiten, damit die nötigen Maßnahmen wärmemietenneutral umgesetzt werden können.

Bei Umwelt- und Energiestandards müssen Aufwand und Nutzen, Ökonomie und Ökologie in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Außerdem müssen Umwelt- und Energie-

standards auf die Kosten des Bauens verteuernde Auswirkungen überprüft und angepasst werden.



Dass die Klimaziele nur dann erreicht werden können, wenn die Menschen in den Prozess eingebunden werden und ihren Sorgen Aufmerksamkeit geschenkt wird, hat der „Heizhammer“ der Bundesregierung gezeigt. Es braucht daher eine sozialverträgliche Wärmewende, bei der die Stadtwerke

eine wichtige Rolle spielen und die Förderung intensiviert wird, um den Weg zur Klimaneutralität nicht vom eigenen Geldbeutel abhängig zu machen. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene für mehr Förderungen und deren Abstimmung aufeinander ein.

Freie Demokraten

Landesverband Thüringen FDP

Wir Freien Demokraten kritisieren die immer weiteren Verschärfungen des Gebäudeenergiegesetzes, die über das volkswirtschaftliche und auch baulich sinnvolle Maß hinausgehen. Unter anderem dadurch steigen Kosten massiv an.

Die Ängste der Menschen gilt es sehr ernst zu nehmen. Inwieweit die im Gesetz vorgesehenen Regelungen zum Schutz von Mietern greifen, muss fortlaufend geprüft werden. Die gesetzgeberische Verantwortung hierfür liegt aber letztlich beim Bundestag.

SPD THÜRINGEN

Um die Klimaziele im Gebäudebestand sozial verträglich zu erreichen, setzt die SPD Thüringen auf mehrere Maßnahmen. Ein Transformationsfonds soll energetische Maßnahmen finanzieren und Mieter entlasten. Durch die Kommunale Wärmeplanung und entsprechende Investitionen wird mittelfristig eine dauerhafte Kostenbremse erreicht, die die

gemeinschaftliche Versorgung stärkt. Contracting-Modelle werden gezielt eingesetzt. Förderprogramme, staatliche Zuschüsse und Mietpreisbindungen sorgen für bezahlbare Mieten nach Sanierungen. Beratungsangebote informieren Mieter über Fördermöglichkeiten und Rechte.

Der Abriss von älteren Wohngebäuden und deren Ersetzung durch energieeffiziente Neubauten ist in der aktuellen Förderlandschaft häufig finanziell lukrativer als die Sanierung von Bestandsgebäuden, obwohl die CO₂-Bilanz der Sanierung wesentlich besser wäre. Was halten Sie davon und werden Sie das ändern?



Für uns hat die Sanierung älterer Wohngebäude grundsätzlich Vorrang vor dem Neubau. Wir wollen den über die Jahrhunderte entstandenen Charakter unserer Städte und Dörfer erhalten und nicht durch identitätslose klimapolitische Bauten ersetzen. Die Reduktion von Emissionen unserer Gesell-

schaft erreichen wir ohne signifikante volkswirtschaftliche Kostensteigerungen vor allem durch eine Fokussierung auf emissionsarme Energieerzeugung (z.B. moderne Kernkraft), die im Gegensatz zum „Energiewende“-Modell bedarfsorientiert ist.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Das BSW Thüringen erkennt die Bedeutung der Sanierung bestehender Gebäude an. Wir setzen uns dafür ein, dass Sanierungen gefördert werden, da sie oft eine bessere CO₂-

Bilanz aufweisen als Neubauten. Es ist wichtig, eine „neue Umbaukultur“ zu etablieren, um bestehende Bauten zu erhalten und nachhaltig zu modernisieren



Wir wollen eine Wohnungspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert und den Fokus auf Sanierung und Bestand statt auf Neubau legt. Dafür müssen Sanierungen wieder attraktiver werden. Das schaffen wir durch eine stärkere Unterstützung für klimafreundliche Sanierungen im Bestand mit

dem Ziel, die Sanierungsquote zu verdreifachen. Darauf wollen wir die Förderprogramme ausrichten. Außerdem wollen wir die Landesbauordnung zur „Umbauordnung“ umgestalten, sodass Umbau und die Nutzung von vorhandener Bausubstanz erleichtert werden.

Entscheidend für die eine oder andere Variante darf nicht die Höhe der finanziellen Förderung sein. CO₂-Bilanz, Erhaltungszustand des Gebäudes, Eignung für die Nachnutzung u.v.m. sind Aspekte, die neben der Förderung abzuwägen und ggf. zu priorisieren sind.

Wir werden prüfen, ob die aktuellen Förderregularien dies in ausreichendem Maße berücksichtigen.



Während wir den anhaltenden Neubaubedarf erkennen und uns intensiv für den Bau neuer Wohnungen einsetzen, sehen wir gleichzeitig ein großes Potential im bereits vorhandenen Gebäudebestand und lehnen den Abriss ab. Wir wollen daher, dass das Land und die Kommunen künftig besser in die Lage versetzt werden, im Bestand zu sanieren und bei Bedarf umzunutzen, denn das schont Ressourcen und Energie.

Wir setzen uns für Initiativen zur Sicherung maroder oder dauerhaft leerstehender Bauten und deren Sanierung sowie (Nach-)Nutzung durch Kommunen, das Land oder gemeinnützige kommunale und genossenschaftliche Träger ein. Damit der dadurch geschaffene Wohnraum bezahlbar und möglichst barrierefrei sein kann, werden wir Förderung solcher Wohnungen nicht nur im Neubau, sondern auch bei Umbaumaßnahmen fortsetzen.



Die eigenen vier Wände, egal ob im Eigentum oder zur Miete, sind ein Grundbedürfnis der Menschen. Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen zu setzen, dass sich die Menschen ihre Vorstellungen vom Wohnen erfüllen können. Nur mit weniger Vorschriften und Belastungen machen wir Wohnungsbau wieder attraktiv - sowohl im Neubau als auch in der Sanierung von Bestandsgebäuden.

Die konkrete Entscheidung, ob ein Haus saniert oder aber neu gebaut werden soll, gehört in die Hände der Verantwortlichen vor Ort. Sie wissen selbst am besten um die konkreten Gegebenheiten und die jeweiligen Gestaltungsspielräume.



Der Abriss älterer Wohngebäude zugunsten energieeffizienter Neubauten mag aktuell finanziell lukrativer erscheinen, jedoch ist die CO₂-Bilanz der Sanierung deutlich besser. Deswegen wollen wir die Fördermittel so anpassen, dass die Sanierung von Bestandsgebäuden bevorzugt wird. Dabei sollen die CO₂-Einsparungen stärker gewichtet werden, um die Sanierung finanziell attraktiver zu machen. Energetische

Sanierungen sollen durch spezielle Zuschüsse & steuerliche Anreize gefördert werden. Zudem wollen wir den Einsatz regionaler Ressourcen wie Holz und organischer Dämmmaterialien unterstützen. Hierzu wurde bereits die Bauordnung geändert, um den Einsatz solcher Materialien zu erleichtern. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft & das Recycling von Baustoffen stärken, um nachhaltiges Bauen zu fördern.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den ländlichen Raum zu stärken?



Der Erhalt der Infrastruktur spielt eine zentrale Rolle: Neben einer wohnortnahen medizinischen Betreuung und Versorgung zählen hierzu beispielsweise auch der Zugang zum Einzelhandel, zu Schulen und Kindergärten. Eine ausschlaggebende Rolle kommt vor allem preiswerter Mobilität zu: Diese

kann im ländlichen Raum durch den öffentlichen Personennahverkehr oft nicht zu vertretbaren Kosten in der erforderlichen Taktung bereitgestellt werden. Um die Nutzung von Pkws weiter zu ermöglichen, setzen wir uns für die Absenkung der Staatsquote auf Diesel und Benzin ein.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Das BSW Thüringen fokussiert sich auf die Entwicklung und Förderung ländlicher Strukturen. Dazu gehören Investitionen in die Infrastruktur, Unterstützung kommunaler Pro-

jekte und Förderung von Rufbussystemen und Carsharing-Angeboten. Zudem wollen wir ein Landesförderprogramm für Bürgerbusse im ländlichen Raum einführen



Wir legen einen Fokus auf regionale Wertschöpfung und gute Infrastruktur, um die Attraktivität der ländlichen Räume zu erhöhen.

Wir stehen für die Einführung einer Mobilitätsgarantie, so dass alle Gemeinden in Thüringen zuverlässig an Bus und Bahn angeschlossen sind.

Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau lokaler kultureller Angebote und sozialer Begegnungsorte ein. Wichtige

Maßnahmen sind auch der Erhalt einer hochwertigen medizinischen Versorgung, beispielsweise durch regionale Gesundheitszentren und einer klugen Kooperation der Krankenhäuser.

Kurze Wege sichern wir durch lokale Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen, beispielsweise in Dorfgemeinschaftshäuser. Unsere Wirtschaftsförderung setzt auf Unterstützung mittelständischer und Handwerksunternehmen im ganzen Land.

Der ländliche Raum ist für uns ein zentrales Thema. Unser Regierungsprogramm enthält eine Vielzahl von Maßnahmen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu garantieren. Wir wollen eine gute Kinderbetreuung in ganz Thüringen, den Erhalt auch kleiner Grundschulen auf dem Land, das Vorhandensein wesentlicher Einrichtungen der Daseinsvorsorge und eine gut ausgebaute In-

frastruktur im Individualverkehr ebenso wie im ÖPNV. Zu guten Lebensverhältnissen gehören für uns belebte Innenstädte genauso wie ein vielfältiges, durch Kommunen, Kirchen, das Ehrenamt und Vereinswesen getragenes gesellschaftliches Leben. Aufgabe guter Kommunal- und Landespolitik ist es, Anreize für das Engagement der Menschen vor Ort zu schaffen.



Für uns gilt: Thüringen überall gleich gut. Wir wollen, dass sowohl in den Städten als auch den ländlich geprägten Räumen gutes Leben möglich ist und schaffen dazu die notwendigen Strukturen.

Zu nennen ist da etwa die Förderung von Bildungsangeboten für junge und ältere Menschen über Schulkooperationen und Modellprojekte oder der Ausbau des öffentlichen

Personennahverkehrs auf Straße und Schiene, um die Erreichbarkeit bis in das letzte Dorf zu garantieren. Wir wollen außerdem die wirtschaftlichen Strukturen stärken und dafür insbesondere kleine Betriebe unterstützen. Mit der Förderung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung, wie etwa Dorf- oder 24-Stunden-Läden und andere Anbieter sozialer Daseinsvorsorge werden wir die Lücken im ländlichen Raum schließen.

Freie Demokraten

Landesverband Thüringen FDP

Wir sind davon überzeugt, dass die Probleme der Wohnungsknappheit nicht alleine in den großen Städten gelöst werden können. Deshalb möchten wir Mobilitätsangebote unterstützen und die Infrastruktur weiterentwickeln. Gute Verkehrswege sind ein wesentlicher Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Strukturen im ländlichen Raum. Doch nur dort, wo ÖPNV kostendeckend möglich ist, macht dessen weiterer

Ausbau auch Sinn. Individuelle Mobilität muss entsprechende Priorität genießen.

Auch die Verfügbarkeit von schnellem Internet ist eine zentrale Frage, etwa wenn es um Möglichkeiten des Homeoffice geht.

Im ländlichen Raum ist und bleibt die Eigentumsförderung das wichtigste Instrument zur Förderung von Wohnraum.

SPD THÜRINGEN

Ein 100-Millionen-Sonderprogramm soll die wohnortnahe Gesundheitsversorgung durch Investitionen in medizinische Einrichtungen und Fachkräfte sichern. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur verbessert die Teilhabe und Attraktivität für Unternehmen. Die regionale Wirtschaft wird durch Unterstützung von KMUs und den Einsatz lokaler Ressourcen wie Holz gefördert. Der ÖPNV wird ausgebaut, um die Erreich-

barkeit zu verbessern. Die Wärmeplanung & Investitionen in Fernwärmenetze sorgen für eine kosteneffiziente Energieversorgung, während die Sanierung von Siedlungskernen und die Konzentration von Nutzungen diese Gebiete lebenswerter machen. Investitionen in Wärme- und Energieeffizienz sollen als wertsteigernder Faktor fixiert werden. Kreislaufwirtschaft & Recycling von Baustoffen werden gestärkt.

Welche Ideen haben Sie, um die kommunale Wärmeplanung in Thüringen erfolgreich zu gestalten? Was wird die Thüringer Wärmewende Ihren Berechnungen nach kosten?



Es ist nicht unsere Aufgabe, Erfüllungsgehilfe einer Ampel-„Wärmewende“-Politik zu sein. Die Belastungsgrenze unserer Bevölkerung ist längst erreicht. Wir werden im Rahmen unserer vom Wähler gewährten Möglichkeiten sämtliche Projekte blockieren, die CO₂-Einsparungen auf dem Rücken unserer Bevölkerung zum Ziel haben. Wärmeplanungen werden wir nur zustimmen, wenn diese keine signifikanten Kosten-

steigerungen bei den Nebenkosten zur Folge haben. Eine volkswirtschaftlich vertretbare Reduzierung von Emissionen muss durch kosteneffiziente, bedarfsorientierte und saubere Energieerzeugung erreicht werden. Hohes Potenzial bietet insofern die Kernkraft und als Brückentechnologie Erdgas mit Kraft-Wärme-Kopplung.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Wir setzen uns für die Förderung von Quartierskonzepten zur Energieeinsparung und -erzeugung sowie von Bioenergie-dörfern mit Wärmespeicherung ein. Ein Sonderprogramm für Eigenstromerzeugung in KMU und der Landwirtschaft

soll die Energiewende unterstützen. Die Kosten der Wärmewende müssen transparent und fair verteilt werden, ohne die Bürger übermäßig zu belasten



Wärme ist ein menschliches Grundbedürfnis. Es gibt bereits die Technologien, um die Emissionen aus unserer Wärmeversorgung zu senken und damit auch die Heizkosten mittelfristig zu reduzieren. Die kommunale Wärmeplanung ist dafür ein wichtiger Schritt, die das Land entsprechend fördert. Am 13.6. wurde im Landtag das Wärmeplanungsgesetz

verabschiedet. Damit haben die Städte und Gemeinden nun die notwendige Rechts-, Planungs- und Finanzierungssicherheit zur Erstellung kommunaler Wärmepläne erhalten. Perspektivisch wollen wir die Kommunen aber auch beim Um- und Ausbau der Fernwärmenetze und der Integration von Wärmespeichern intensiver unterstützen.



LANDESVERBAND THÜRINGEN

Eigeninitiative und Freiwilligkeit der Kommunen kommen bei den bundes- und landesrechtlichen Vorgaben zu kurz. Kommunalparlamente sind bei Entscheidungen außen vor, eigene Ideen können vermutlich nur unzureichend eingebracht werden. Entscheidend für die spätere Umsetzung der Planungen sind ausreichend Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt.

Daten für Kostenberechnungen liegen uns nicht vor – ebenso wenig wie strategische Überlegungen der Landesregierung. Deshalb schlagen wir eine Änderung des Klimagesetzes vor, mit dem ein Energiemonitoring geschaffen wird, das die erforderlichen Daten erhebt und Kostenprognosen für Kommunen, Versorger bis hin zu den privaten Grundstückseigentümern ermöglicht.



Bei der Wärmewende darf niemand überfordert und mit den kommenden Herausforderungen, wie etwa der Heizungsmodernisierung, allein gelassen werden. Wir streben eine solidarische Wärmewende an, die durch Stadtwerke und Kommunen realisiert wird und bezahlbare Energie, Versorgungssicherheit sowie Klimaschutz priorisiert. Wärmeplanung muss vereinfacht werden, wobei Nah- und Fernwärmenetze, die

kommunal oder auf Kreis-Ebene gemeinwohlorientiert betrieben werden eine zentrale Rolle spielen. Diese bieten preiswerte, langlebige, erneuerbare und solidarische Wärmezeugung. Die Vielzahl an Studien zur Thematik zeigt, dass eine konkrete Schätzung durch die verschiedenen Teilfelder nur schwer möglich ist.



Der Thüringer Landtag hat auf Initiative der FDP im Juni 2024 einen Entschließungsantrag mehrheitlich angenommen. Er fordert die Landesregierung dazu auf, für eine bürgernahe und technologieoffene Wärmeplanung zu sorgen. Dabei ist die frühzeitige und umfassende Beteiligung der Akteure vor Ort von entscheidender Bedeutung. Außerdem hat der Landtag auf Antrag der FDP beschlossen, dass die Landes-

regierung eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung sicherzustellen hat.

Unabhängig davon setzen wir uns für die Entwicklung gemeinsamer regionaler Wärmeversorgungskonzepte zwischen Industrie und Kommunen ein. Unter anderem soll die Nutzung von Abwärme aus Rechenzentren und Industrieanlagen gefördert und vereinfacht werden.



Wir planen die Einrichtung eines Transformationsfonds, um energetische Maßnahmen zu finanzieren und Kosten zu verteilen. Die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Energieversorgern, Unternehmen und Bürgern sowie gezielte Schulungen für kommunale Entscheidungsträger sind zentrale Ansätze. Besonders wichtig ist die Beteiligung von Unternehmen, um Abwärmepotentiale zu heben, Energie effizienter einzusetzen und Parallelstrukturen zu vermeiden.

Die genauen Kosten der Wärmewende können erst nach Abschluss der detaillierten Planung seriös beziffert werden. Viele Maßnahmen sind jedoch ohnehin zur Erhaltung der Versorgungsinfrastruktur notwendig. Die Investitionen sorgen für eine sichere und bezahlbare Versorgung, auch für Unternehmen. Dies steigert die wirtschaftliche Attraktivität der Region.

Wie wohnen Sie und was würden Sie an Ihrer Wohnsituation gerne ändern?



Ich wohne in einem wunderschönen Dorf mit liebenswerten Menschen und möchte an meiner Wohnsituation gar nichts ändern. Hier ist es grün, ohne dass es dafür eine Partei entsprechenden Namens gebraucht hätte. Ich muss mir keine Sorgen machen, wenn meine Kinder abends alleine durch den Ort gehen. Unsere Politik will allen Thüringern die Chance geben, auf ihre Weise genauso glücklich zu leben.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Ich wohne auf dem Land, in Neudietendorf zur Miete. Die Wohnung ist Teil eines Mehrfamilienhauses und liegt zwischen Dorfrand und Feld. Ich kann mir nichts schöneres vorstellen.



Ich wohne in einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus in Erfurt. Wir fühlen uns mit der Hausgemeinschaft dort sehr wohl.



LANDESVERBAND THÜRINGEN

Ich lebe mit meiner Familie in einem Einfamilienhaus. Das ist ein Lebenstraum für mich und für viele Thüringerinnen und Thüringer.



Ich lebe zusammen mit meiner Frau in Erfurt und am Thüringer Meer. Ändern möchte ich daran gar nichts! Denn in Erfurt haben wir die lebendige Stadt vor der Tür und im Saale-Orla-Kreis viel Wald, Natur, Wasser und Ruhe.



Unsere vielköpfige Familie lebt größtenteils unter einem Dach. Auch wenn die Großen längst flügge geworden sind, genießen wir viel Zeit gemeinsam. Daran möchte ich nichts ändern.



Zur Miete, nein

Wir bleiben im Gespräch

Der Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. vertritt die Interessen seiner Mitglieder in vielen politischen Situationen. Wir sind dabei, wenn Bundespolitikerinnen zu wohnungswirtschaftlichen Anlässen unser Bundesland besuchen, wir laden die Landespolitiker zu Diskussionsrunden ein und werden eingeladen, wenn es in Berlin um wichtige Fachthemen geht.



v.l.n.r.: Susanna Karawanskij (DIE LINKE), Georg Maier (SPD), Bernhard Stengele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Wiebke Binder (Moderatorin), Thomas L. Kemmerich (FDP), Prof. Dr. Mario Voigt (CDU), Stefan Möller (AfD)

Spitzenvertreter-Podiumsdiskussion in Suhl

Mehr als eine Stunde diskutierten die anwesenden Politiker bei den Tagen der Thüringer Wohnungswirtschaft im Mai 2024 darüber, wo das Geld für Fördermittel herkommen soll, wie Baukosten reduziert werden könnten und welche simplen Maßnahmen zur Entbürokratisierung die Arbeit der Wohnungsunternehmen erleichtern würde. Die Vertreter der Parteien vermittelten überwiegend den Eindruck, dass in diesen Punkten Einigkeit herrscht. Unstimmigkeiten gab es bei dem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung und der Mietpreisbremse. Wir haben das Publikum gebeten, die anwesenden Politiker zu bewerten. Das Ergebnis finden Sie rechts.

Die Podiumsdiskussion ordnete der aus dem Fernsehen bekannte Publizist und Journalist Albrecht von Lucke in die aktuelle Bundes- und Landespolitik ein. Er empfahl der Thüringer CDU, nicht mit der AfD zu koalieren, auch wenn diese anbieten könnte, dass Mario Voigt Ministerpräsident wird. Er warnt ausdrücklich vor dem Plan, die AfD zu entzaubern, indem man ihnen Regierungskompetenz gibt. Und er sagte: „Die Linkspartei völlig auszuschließen, während man mit

Sarah Wagenknecht gerne in ein Boot steigt, ist völlig skurril, eine rein ideologische Position. Damit steht und fällt aber die Frage, dieses Land in eine vernünftige Richtung zu lenken.“





v.l.n.r.: Frank Emrich (vtw), Andreas Schrickler (WBG "Aufbau" Gera eG), Elisabeth Kaiser (Staatssekretärin BMWSB), Klara Geywitz (Bundesbauministerin)

Bundesbauministerin und Staatssekretärin besuchen Gera

Am 29. Februar 2024 besichtigte Klara Geywitz auf Einladung der parlamentarischen Staatssekretärin Elisabeth Kaiser in ihrer Funktion als Mitglied des Bundestages Projekte der Wohnungsunternehmen in Gera. Beherrschendes Thema war die Finanzierbarkeit der Klimaziele. „Ideal sanierte Häuser, die sich

niemand mehr leisten kann, nutzen niemandem“, konstatierte Frank Emrich, Verbandsdirektor des vtw und er ergänzte: „Das rettet auch die soziale Wohnraumförderung nicht. Unter den aktuellen Voraussetzungen ist es unmöglich, die klimapolitischen Ziele und die Bezahlbarkeit des Wohnens zu vereinen.“



v.l.n.r.: Moderatorin Blanka Weber, Frank Emrich (Verbandsdirektor Wohnungswirtschaft Thüringen), Bernhard Stengele (Umwelt- und Energieminister Thüringen), Elisabeth Kaiser (Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen), Wolfram Günter (Umwelt- und Energieminister Sachsen), Prof. Alexander Rudolphi (Präsident Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen DGNB)

„Platte goes Klima“ in Berlin mit Minister Stengele

Wie zukunftstauglich ist die Platte? Wie klimafreundlich? In Thüringen hat das Umweltministerium den Versuch gewagt und einen WBS 70 in Stadtroda mit 144 Wohnungen klimaneutral umbauen lassen. Zentral dafür war der Einsatz innovativer Technik, u.a. eine neuartige Wärmerückgewinnung aus dem Brauchwasser von Waschmaschine oder Badewanne. Der Clou an der Sache: Der Umbau konnte für die Mieterinnen und Mieter warmmietenneutral umgesetzt werden.

Am 4. Juni 2024 gab es dazu eine Konferenz in der Thüringer Landesvertretung in Berlin mit Impulsvorträgen sowie einer Podiumsrunde von Expertinnen und Experten aus Politik und Praxis.

Mehr Informationen finden Sie hier:

➔ <https://umwelt.thueringen.de/themen/top-themen/platte-goes-klima>

Bündnisse und Initiativen

Der vtW engagiert sich in verschiedenen Institutionen & Bündnissen, egal ob temporär und fachbezogen wie die Plattform Wohndebatte oder ganz grundsätzlich gesellschaftspolitisch, wie Thüringen weltoffen.

Bündnis für gutes Wohnen

Zwischen dem TMBLV, den Oberbürgermeistern der Städte Erfurt, Jena, Gera, Weimar und dem Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. wurde bereits am 19.06.2014 eine Vereinbarung zum „Bündnis für gutes Wohnen in Thüringen“ unterzeichnet. Ziel der Vereinba-

rung ist eine bedarfsgerechte Entwicklung der kommunalen Wohnungsmärkte und die Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus zu unterstützen. Im Mittelpunkt steht, die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum in Thüringen zu sichern.



Innenstädte mit Zukunft

Lebendig, bunt und vielfältig – so sollen sie sein, unsere Thüringer Innenstädte. Ein Ort, an dem Handel, Gastronomie und Gewerbe florieren, ein Ort, in dem öffentliche und kulturelle Leben pulsiert, ein Ort, wo sich Einwohner und Gäste gerne begegnen und miteinander kommunizieren. So ist das Leitbild für unsere Innenstädte. Der Strukturwandel im Handel, die demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft, der spürbare Klimawandel und die Folgen der Corona-Pandemie stellen unsere Innenstädte aktuell vor große Herausforderungen.

Die langfristige Stärkung, die Sicherung der Funktionsvielfalt und die strategische Zukunftsausrichtung der Thüringer Innenstädte bei Einbeziehung aller innenstadtrelevanten Akteure ist heute mehr denn je zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik. Das breite Thüringer Aktionsbündnis „Innenstädte mit Zukunft“ macht sich genau dafür stark.

Mehr Informationen dazu hier:

➔ <https://www.leg-thueringen.de/thueringer-aktionsbuendnis-innenstaedte-mit-zukunft/>



Wohnbauratssitzung am
05./06.03.2020 |
v.l.n.r.: Elmar Dräger (IKTh), Dr.
Sven Günther (STIFT), Frank Emrich
(vtw), Sabine Wosche (LEG Thüringen),
Staatssekretär Dr. Klaus Sühl
(TMIL), Eckhard Hassebrock (TAB),
Bettina Haase (Bauindustrieverband
Hessen-Thüringen), Dr. Hans-
Gerd Schmidt (AKTh)., Bild: SBT |
Katja Gehlfuß



Plattform Wohndebatte

Die Stiftung Baukultur Thüringen ist AusrichterIn und KoordinatorIn der Plattform. Ziel des Projekts ist es, neue Wohnformen in und für Thüringen aufzusuchen und zu systematisieren, sowie neue Ideen zu befördern, die sozialer, technologischer oder auch ästhetischer Art sein können. In erster Linie geht es also darum, bereits laufende und parallel gerichtete Bemühungen miteinander zu verknüpfen, indem Institutionen und Interessenvertreter an einen Tisch geholt werden.

Die Plattform Wohndebatte ist ein Forum mit Konferenzen, Podien, Berichten, einer Ausstellung, einem Ideenwettbewerb und vor allem einem regelmäßigen Gesprächsrahmen. Mehr Informationen finden Sie hier:

➔ <https://baukultur-thueringen.de/plattform-wohndebatte/>



Thüringen Weltoffen

Der vtw hat sich neben zahlreichen anderen Organisationen und Privatpersonen der Initiative angeschlossen und unterstützt den Wunsch nach einem Land, in dem Menschen in ihrer Verschiedenheit akzeptiert und willkommen sind. Wir wünschen uns einen friedlichen und respektvollen Umgang

miteinander. Vorurteile, Ausgrenzung und Hass haben in einem weltoffenen und vielfältigen Thüringen keinen Platz. Mehr Informationen finden Sie auf

➔ www.thueringen-weltoffen.de



Auf [71 www.vtw.de/wahl2024](http://www.vtw.de/wahl2024) haben wir für Sie eine Informationssammlung bereitgestellt, die unter anderem folgendes enthält:

- Links zu den Wahlprogrammen der Parteien
- Forderungen als Download
- Das vorliegende Dokument als Download
- Links zu unseren wichtigen Publikationen

